



**ANITA SCHÄFER**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Herrn  
Reiko Beil  
dialog-2015  
Österreicher Straße 16

01279 Dresden

Pirmasens, den 06. August 2015

*Selbst geehrt Herr Beil,*

herzlichen Dank für Ihr Schreiben der Initiative dialog-2015, in dem Sie sich für eine außerparlamentarische Meinungsbildung einsetzen und mich um eine Stellungnahme zur Einführung eines gesetzabschaffenden Referendums bitten. Die verspätete Rückmeldung bitte ich aufgrund von Beantwortungen von einer ganzen Reihe von Bürgeranfragen aus meinem Wahlkreis zu entschuldigen.

Als Bundestagsabgeordnete und somit als Vertreterin des ganzen Volkes sind mir der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess ein Herzensanliegen. Dies ist ein wesentliches Element unserer Demokratie. In meinem Wahlkreis diskutiere ich daher ausführlich mit den Bürgerinnen und Bürgern über Gesetzesvorhaben und -änderungen.

Ein gesetzabschaffendes Referendum sehe ich kritisch. Auch hier greifen meiner Ansicht nach die Überlegungen von Bundesinnenminister de Maizière, wonach komplexe Sachentscheidungen nicht mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Oftmals ist nicht die Abschaffung von Gesetzen in der Diskussion, sondern deren Modifikation. Mit der Frage „Ja“ oder „Nein“ ist eine Modifikation von Gesetzen allerdings nicht möglich.


Zudem sehe ich die Gefahr, dass bei der Meinungsbildung vor allem diejenigen Argumente zum Tragen kommen, die von denjenigen Verbänden und Interessengruppen (aus der Wirtschaft oder von Nichtregierungsorganisationen) vorgetragen werden, welche die finanziellen Mittel dazu haben, diese zu verbreiten, selbst wenn sie nur eine Minderheit vertreten. Dies entspricht nicht meiner Auffassung von Demokratie.

Ebenso kritisch muss man eine mögliche Unterdrückung von Minderheiten durch die Mehrheit der Stimmberechtigten betrachten. Ein gesetzabschaffendes Referendum könnte dazu führen, dass die Belange bestimmter Bevölkerungsgruppen in der Gesetzgebung keine Berücksichtigung mehr finden und somit der soziale Frieden in Gefahr gerät. Das würde der Demokratie einen erheblichen Schaden zufügen.

Ich glaube, dass gerade auf Bundesebene der direkte Austausch zwischen dem Abgeordneten und den Bürgern seines Wahlkreises der richtige Weg ist, um zu besseren, gerechteren und politisch stringenten Entscheidungen zu kommen. Dies ist sicherlich kein einfacher Weg und verlangt den Abgeordneten, aber auch dem Bürger viel ab. Aber gerade der Dialog zwischen den Bürgern auf der einen Seite und den Politikern auf der anderen Seite sorgt dafür, dass jede Meinung in den Entscheidungsprozess einfließen kann. Bei einer einfachen „Ja-oder-Nein“-Frage ist dies schlicht nicht möglich.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen meine Position klar darstellen konnte und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

A large black rectangular redaction box covering the signature of the sender.